



NIEDERSCHRIFT über die öffentliche

Sitzung des Marktgemeinderates

vom 28. März 2023 (18:00 - 21:15 Uhr)
im Sitzungssaal des Rathauses

Vorsitz:

1. Bürgermeister Claus Schwarzmann

Gremiumsmitglieder:

Georg Eismann
Christian Grieb
Martin Albert
Josef Arneth
Martin Distler
Dr. Hans-Jürgen Dittmann
Monika Dittmann
Rudolf Fischer
Agnes Fronhöfer
Irmgard Heckmann
Frederik Jung
Dr. Harald Knorr
Arnulf Koy
Johannes Maier
Wolfgang Nagengast
Ulrike Nistelweck
Georg Peßler
Stefan Pfister
Dr. Reinhard Stang
Zacharias Zehner

Bemerkung:

Ortssprecher

Harald Bürger
Uwe Mühlmichl

Ortssprecher
Ortssprecher

Verwaltung

Ivonne Dötzer

Schriftführerin

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Marktgemeinderates vom 28.02.2023 (ö.T.)
2. Eröffnung der Sitzung
3. Jugendarbeit im Markt Eggolsheim; Rückblick und Ausblick 2022/23
4. 2. Änderung des Bebauungs- und Grünordnungsplanes „Sport- und Freizeitanlagen“; Billigungs- und Auslegungsbeschluss
5. Entwicklungsgebiet "Eismann Areal" in Kauernhofen - Ergebnisse der Schall- und geruchstechnischen Untersuchung sowie der Baumkontrolle und Beschluss zum weiteren Vorgehen
6. GVS Tiefenstürmig Richtung Kalteneggolsfeld / Kernweg Nr. 151 - Änderung der Planung
7. Bauvoranfrage: Errichtung eines Einfamilienwohnhauses mit Doppelgarage; Bauort: Fl.Nr. 472, Gemarkung Eggolsheim (Schirnaidel)
8. Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2020
9. Feststellung des Jahresergebnisses 2020
10. Entlastung der Jahresrechnung 2020
11. Neuerlass der Hundesteuersatzung des Marktes Eggolsheim
12. Unterführung Bahnhof Eggolsheim - künstlerische Gestaltung durch die FOS Fränkische Schweiz
13. Gründung einer Kinderfeuerwehr - FFW Eggolsheim
14. Bekanntgabe von nichtöffentlichen Beschlüssen über Angelegenheiten, bei denen der Grund der Geheimhaltung entfallen ist
15. Wünsche und Anfragen

Öffentliche Sitzung:

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Marktgemeinderates vom 28.02.2023 (ö.T.)

Beschluss:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates wurde allen Mitgliedern des Marktgemeinderates über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt bzw. zugesandt. Bedenken gegen die Niederschrift wurden nicht erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0

2. Eröffnung der Sitzung

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Claus Schwarzmann eröffnet um 18:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Marktgemeinderates fest.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0

3. Jugendarbeit im Markt Eggolsheim; Rückblick und Ausblick 2022/23

Sachverhalt:

Teresa Borek stellt die Entwicklungen und Planungen im Bereich der Jugendarbeit auf Basis einer Präsentation vor.

4. 2. Änderung des Bebauungs- und Grünordnungsplanes „Sport- und Freizeitanlagen“; Billigungs- und Auslegungsbeschluss

Sachverhalt:

Exkurs zum Tagesordnungspunkt:

Auf Grund von kurzfristig eingegangenen Einwänden bzw. Aufrufen von Werner und Theresia Fechner über verschiedene WhatsApp-Gruppen am vergangenen Wochenende sowie einer E-Mail von Werner Schulz an den Gesamtgemeinderat vom 26.03.2023, nehmen, vor der weiteren Behandlung des Tagesordnungspunktes, Bürgermeister Claus Schwarzmann sowie Herr Thomas Siebenhaar von Projekt Bauart in Form von kurzen Vorträgen Stellung zu den benannten Einwänden.

Der Vortrag von Bürgermeister Claus Schwarzmann befasst sich inhaltlich mit der bisherigen Chronologie der Entwicklung des Wohnbauprojekts, einer kleinen Bilderschau zu einer Besichtigung eines ähnlichen Objekts in Höchststadt / Aisch sowie der Stellungnahme zum Aufruf von Werner und Theresia Fechner.

Herr Siebenhaar geht in seinem Vortrag auf die Einwendungen von Herrn Werner Schulz in seiner Mail vom 26.03.2023 ein. Zudem erläutert er dem Gremium den aktuellen Planungsstand.

Nach den Vorträgen bestand noch Raum zur Diskussion und für Fragen an Herrn Siebenhaar, bevor in den eigentlichen TOP eingestiegen wurde. Im Rahmen der Diskussion ging Herr Dworschak von der BFS+ GmbH nochmals auf Details zur schallschutztechnischen Untersuchung ein.

Einstieg in den Tagesordnungspunkt:

Die Öffentlichkeit wurde vom 05.12.2022 bis 05.01.2023 über die Grundzüge der Planung unterrichtet.

In diesem Zeitraum wurde die Planung zudem auf der Homepage des Marktes Eggolsheim veröffentlicht.

1. Unterrichtung der Öffentlichkeit

Im Rahmen der ortsüblichen Bekanntmachung wurde folgende Stellungnahme aus der Öffentlichkeit abgegeben:

1.1 Einwand Nr. 1, Bürger A, vertreten durch RA-Kanzlei, Schreiben vom 15.12.2022

in obiger Angelegenheit zeigen wir an, Herrn [REDACTED]
[REDACTED] anwaltlich zu vertreten. Eine auf uns lautende Vollmacht ist in **Anlage** beigefügt.

Hiermit nehmen Stellung im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zur 2. Änderung des Bebauungs- und Grünordnungsplans „Sport- und Freizeitanlagen Eggolsheim“ des Marktes Eggolsheim. Unser Mandant ist Eigentümer der Grundstücke FINr. 6870, 6871/1 und 4759, jeweils Gemarkung Eggolsheim. Die Grundstücke grenzen unmittelbar an den Geltungsbereich der 2. Änderung des Bebauungsplans an bzw. werden betreffend das Grundstück FINr. 4759, Gemarkung Eggolsheim mit überplant. Unser Mandant ist daher planbetroffen.

Auf dem Grundstück FINr. 6870, Gemarkung Eggolsheim, befindet sich

das Wohnhaus (Einfamilienhaus) unseres Mandanten. Auf dem Grundstück FINr. 4759, welches derzeit Bauland ist und für Erweiterungen des Einfamilienwohnhauses genutzt werden könnte, soll nunmehr eine private Grünfläche festgesetzt werden. Anschließend, dass heißt unmittelbar an die Grundstücke unseres Mandanten angrenzend, soll Geschosswohnungsbau mit bis zu drei Geschossen realisiert werden.

Die Anzahl von insgesamt 48 Mietwohnungen teilweise im geförderten Wohnungsbau stellen eine enorme Lärmbelästigung das sonst von Einfamilienhäusern geplante Gebiet dar, insbesondere ausgelöst durch den zu erwartenden An- und Abfahrtsverkehr.

Ferner wird durch die riegelartige Bebauung das Grundstück unseres Mandanten quasi nach Osten hin abgeriegelt und entsprechend verschattet.

Der bisherige ortsabrundende Bebauungsplan Eggolsheim Süd V sieht explizit in den Baufronten der äußeren Flächen eine Bebauung mit maximal I + D vor. Dies wurde auch bislang seitens des Marktes immer damit begründet, dass man keine Wohnblöcke auf den äußeren Flächen haben wolle. Eine Verdoppelung der zulässigen Bebauung mit einer maximal dreigeschossigen Bauweise würde daher vor diesem Hintergrund einen Fremdkörper in der Umgebung darstellen und für die unmittelbar angrenzenden Grundstücke eine erhebliche Benachteiligung darstellen.

Die gesamte Planung ist darauf ausgerichtet, möglichst viel Wohneinheiten vorzusehen ohne jedoch die städtebaulichen Aspekte wie Verkehr, Lärm, durch den Verkehr ausgelöstes Unfallpotential sowie die Aspekte der dort unterzubringenden Familien wie die Schaffung entsprechender notwendige Spielplätze und Grünflächen ausreichend zu würdigen.

Wir regen daher an, im Bereich zur Staatsstraße sowie am westlichen Plangebiet eine maximale Bebauung von I + D zuzulassen. Da die Bauleitplanung offensichtlich bereits formelle so wie materielle Fehler aufweist, gehen wir davon aus, dass ein entsprechender Normenkontrollantrag nach § 47 VwGo gegen den Bebauungsplan Erfolg haben wird. Auf diesen würden wir jedoch verzichten, wenn die Planung in der genannten Weise geändert würde.

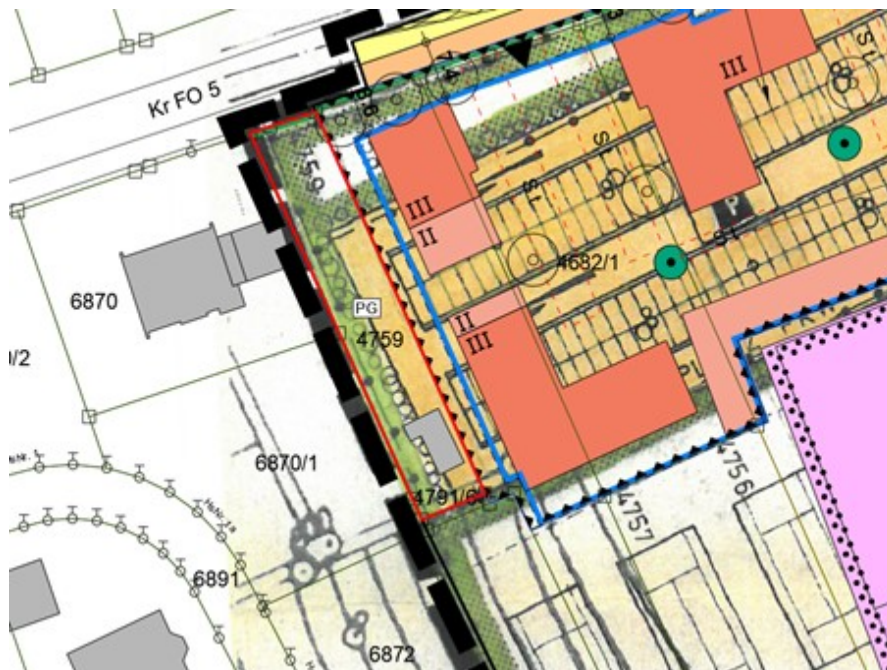
Ihrer Rückmeldung entgegengehend verbleibe ich

Beschluss:

Der Marktgemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Das erwähnte Grundstück des Vorbringers (Fl. Nr. 4759) ist Teil des rechtskräftigen Bebauungsplanes "Sport- und Freizeitanlagen", der in diesem Bereich öffentliche Parkplätze und Grünflächen ausweist.

Da dies weder den derzeitigen noch den künftig beabsichtigten Nutzungen entspricht (vor allem betreffend des öffentlichen Parkplatzes), wurde in Zusammenhang mit den Wohngebiets-Ausweisungen das Grundstück Fl. Nr. 4759 daher in den Geltungsbereich integriert, um den Bebauungsplan an dieser Stelle zu berichtigen.

Überblendung von rechtskräftigem Bebauungsplan mit neuen Ausweisungen (Grundstück Vorbringer in rot):



Da die Nutzung auf dem Grundstück Fl. Nr. 4759 einer privaten Grünfläche entspricht, wurde dies so auch im Bebauungsplan umgesetzt - die Fläche verbleibt somit unverändert als Lückenschluss zwischen den künftigen WA-Ausweisungen und dem Plangebiet "Eggolsheim-Süd V". Bauland war und ist auf der Fl. Nr. 4759 nicht vorgesehen.

Die beabsichtigte Bebauung ist dem entsprechenden Bedarf an günstigem Wohnraum geschuldet. Im Rahmen der Anpassung an geänderte städtebauliche Ziele und einer notwendigen inneren Nachverdichtung soll an dieser Stelle bewusst eine Bebauung von bis zu 3 Geschossen ermöglicht werden.

Im Rahmen der Entwurfsausarbeitungen wurden ausführliche schalltechnische Untersuchungen durchgeführt, die unter anderem auch den künftig entstehenden Parkplatzlärm der oberirdischen PKW-Stellplätze inkl. deren Zu- und Abfahrten berücksichtigen. Dabei wurde festgestellt, dass die Immissionsrichtwerte an den maßgebenden Immissionspunkten der umliegenden bestehenden Bebauung - und somit auch am Wohngebäude des Vorbringers - eingehalten bzw. tags und nachts

deutlich unterschritten werden. Der Schallschutzbericht kann als Bestandteil der Begründung im anstehenden Verfahren zur öffentlichen Auslegung und Behördenbeteiligung eingesehen werden.

Zwischen den geplanten Gebäuden im Geltungsbereich der Bebauungsplan-Änderung, die im westlichen Bereich nicht als Riegel sondern als zwei einzeln stehende Gebäude errichtet werden sollen und dem bestehenden Wohngebäude des Vorbringers beträgt der Abstand ca. 23 m, bis zur Privaten Grünfläche (Grundstück Fl. Nr. 4759) ca. 5 m. Aufgrund der Stellung der Gebäude sowie der Lage östlich der Grundstücke des Vorbringers ist eine (lediglich morgendliche) Verschattung der Grundstücke von untergeordneter Bedeutung, da von Süden und Westen her keinerlei derartige Einschränkungen zu erwarten sind.

Abstimmung: 21:0

1.2 Einwand Nr. 2, Sportvereinigung Eggolsheim, Schreiben vom 19.12.2022

da die DJK-Eggolsheim von den geplanten Änderungen des Bebauungs- und Grünordnungsplans direkt betroffen ist nehmen wie folgt Stellung:

Der Marktgemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beschließt zu den einzelnen Unterpunkten wie folgt:

- 1) In der Vorstellung des Projektes am 03.11.2022 wurde uns von Seiten des Projektanten versprochen, uns zeitnah das Lärmschutzgutachten zur Verfügung zu stellen, um es zu prüfen. Mit Verwunderung mussten wir feststellen, dass nunmehr der Bebauungsplan mit einer sehr kurzen Frist (vor allem in Hinblick auf die Weihnachtsfeiertage) ausgelegt worden ist, und uns das Gutachten mit dem Vermerk „Vorab-Bericht“ erst am 13.12.2022 vorgelegt wurde. Insofern bitten wir um eine Verlängerung der Vorlegungszeit um mindestens 8 Tage.

Beschluss:

Die bisherige 1-monatige Frist genügt zur vorgezogenen Unterrichtung der Öffentlichkeit. Der übliche 2-wöchige Zeitraum wurde dabei aufgrund der Ferien bereits entsprechend verlängert. Die genaue Ausführung zum Schallschutz erfolgt im Rahmen der Entwurfserstellung, dann mit dem ordnungsgemäßen Verfahrensschritt gem. den Vorschriften des BauGB (öffentliche Auslegung und Behördenbeteiligung, geplant voraussichtlich ab 13.04.2023 für 1 Monat, mit der Möglichkeit weitere Einwendungen vorzubringen).

Abstimmung: 21:0

- 2) Schallschutztechnische Untersuchung Fa. BFS+ GmbH vom 10.05.2022;
Die Berechnungsannahmen der Untersuchung sind für den Punkt 4.2 Tennisplätze fehlerhaft und unvollständig. Insbesondere sind folgende Tatsachen nicht berücksichtigt:
- a. In der Untersuchung sind für den Bereich Tennis keine Zuschauer berücksichtigt. Es ist aber Tatsache, dass bei jedem Spiel und auch beim Training Zuschauer anwesend sind und diese die Ballwechsel bekatschen und/oder kommentieren. Aufgrund der Erfahrung können wir von durchschnittlichen Zuschauern bei den Vereinsspielen von 30-100 Personen ausgehen.
 - b. Die für die Nutzung angegebenen Spielzeiten des Tennisplatzes stellten Durchschnittswerte über das Spieljahr betrachtet dar. In der Realität wird der Tennisplatz in den Sommermonaten, insbesondere in den Monaten Mai – Mitte September bespielt, bis die Sonne untergegangen ist und das Spielen wegen Dunkelheit nicht mehr möglich ist. Das Bespielen des Platzes bis 22.00 Uhr ist keine Seltenheit. Darüber hinaus erfolgt gerade in den sehr warmen Sommermonaten die Nutzung der Tennisanlage auch bereits vor 09.00 Uhr. Ebenso beginnt die Nutzung der Anlage bei Punktspielen, die um 09.00 Uhr beginnen, mit den sog. Einspielen schon deutlich vor 09.00 Uhr.
 - c. Entsprechend der Nutzungszeiten der Tennisanlage werden auch die Parkplätze entsprechend früher und auch länger benutzt und die An- und Abreisezeiten liegen weit außerhalb der in der Betrachtung angenommenen Uhrzeit von 09.00 - 21.00 Uhr.
 - d. Die Lärmemission des Tennis Vereinsheims wurde bislang komplett vernachlässigt. Nach dem Training und vor allem nach Spielen setzen sich die Spieler, Zuschauer und Betreuer zusammen. Dabei wird gegrillt und gemeinsam gegessen, getrunken und unterhalten. Da in der Regel schönes Wetter ist, finden die Zusammenkünfte im Freien statt. Nachdem wir bislang mit unseren Nachbarn ein gutes Einvernehmen hatten, wurde dieser Punkt bislang nicht weiter thematisiert. Aber bei einer deutlichen Zunahme der Anwohner ist dieser Punkt explizit hervorzuheben, vor allem da unter den künftigen Anwohnern auch Familien mit kleinen Kindern sein werden.
 - e. Nachdem die Rasenmäher-Tätigkeiten explizit aufgeführt worden sind, möchten wir noch ergänzend darauf hinweisen, dass die Mäharbeiten an und auf der Tennisanlage gänzlich fehlen.

Beschluss:

Den aktuellen Angaben zur Tennisplatznutzung wird nach den Planänderungen wie folgt nachgekommen:

- Berücksichtigung der täglichen Nutzung (Montag bis Sonntag) der Tennisanlage vor 9 Uhr und bis 22 Uhr
- Berücksichtigung von Zuschauern im täglichen Betrieb (bis zu 70 Personen während der Punktspiele oder Turniere Samstag und Sonntag, bis zu 15 Personen während des täglichen Normalbetriebs)
- Berücksichtigung von Mäharbeiten
- Berücksichtigung der Zusammenkünfte im Bereich des Vereinsheims täglich bis 22 Uhr sowie nach 22 Uhr (maßgebende ungünstigste Nachtstunde gem. 18. BImSchV)
- Erweiterung der Parkplatz-Nutzung im Bereich der Tennisplätze täglich bis 22 Uhr sowie nach 22 Uhr (maßgebende ungünstigste Nachtstunde gem. 18. BImSchV)

Alle Angaben werden im Rahmen der ausführlichen schalltechnischen Untersuchungen umgesetzt. Ein schalltechnischer Bericht wird als Bestandteil der Begründung zur Bebauungsplan-Änderung den Planunterlagen im Rahmen der anstehenden öffentlichen Auslegung und Behördenbeteiligung zur Verfügung stehen. Der erwähnte Punktspielbetrieb wird dabei in den Berechnungen enthalten sein.

Abstimmung: 21:0

- 3) Der Justiziar des BLSV hat nochmals eindringlich darauf verwiesen, die Emissionen des Tennisplatzes in der jetzigen Form mittels **einer dinglichen Belastung in Abteilung II des Grundbuches des Nachbargrundstück** zu sichern. Eine Regelung in Mietverträgen hält er für ungenügend, da gerade im Hinblick auf eine evtl. Weiterveräußerung diese Rechte verloren gehen. Nachdem wir im Verein allesamt ehrenamtlich tätig sind, haben wir kein Interesse und keine Lust, unsere Zeit und Energie mit Klagen der zukünftigen Anwohner zu verschwenden.

Beschluss:

Kenntnisnahme, der Projektträger hat die Umsetzung dieser Forderung im Grundbuch bereits fest zugesichert. Dies ist jedoch kein Gegenstand des B-Plan-Verfahrens.

Abstimmung: 21:0

- 4) Der bisher an die Sport- und Freizeitanlage angrenzende Bebauungsplan Eggolsheim Süd V hat gerade im Hinblick auf die Lärmbelastung eine Bebauung an der kompletten Westseite der Anlage mit maximal I + D vorgesehen. Die jetzt angedachte Erweiterung mit einer Wohnanlage mit max. 3 Vollgeschossen schränkt die Nutzung und die Attraktivität unserer Anlage sehr stark ein. Aufgrund der angedachten Abstände fühlen wir uns jetzt schon von den künftigen Anwohnern im 1 und 2 OG beobachtet. Der in der Besprechung vom 03.11.2022 angekündigte Sichtschutz ist unabdingbare Notwendigkeit für unseren Platz.

Beschluss:

Die beabsichtigte Bebauung ist dem entsprechenden Bedarf an günstigem Wohnraum geschuldet. Im Rahmen der Anpassung an geänderte städtebauliche Ziele und einer inneren Nachverdichtung soll an dieser Stelle bewusst eine Bebauung von bis zu 3 Geschossen ermöglicht werden. Eine Einschränkung der Nutzung oder Attraktivität der Sportanlagen ist nicht gegeben. Die erwähnte Beobachtung ist bereits jetzt an 2 Seiten der Tennisanlage möglich. Gerade die hinsichtlich der unter Punkt 1) geforderten Berücksichtigung von Zuschauern entkräftet die Befürchtungen einer (zusätzlichen) Beobachtung. Zudem wurde das zunächst geplante Gebäude 5 (mittig am Südrand des Plangebietes) mittlerweile mit dem Gebäude 2 zusammengefügt und mit ca. 15 Metern nochmals deutlich in Richtung Norden zurückversetzt. Am südöstlichen Gebäude sind an der Tennisplatz - zugewandten Stirnseite keine Fensteröffnungen mehr beabsichtigt. Die Balkonbereiche an der Westfassade dieses Gebäudes werden zudem aufgrund einer schalltechnisch erforderlichen 3,7 m langen und fast 10 m hohen Wandscheibe auch sichttechnisch deutlich eingeschränkt. Somit werden insgesamt die "Beobachtungsflächen" deutlich verringert.

Abstimmung: 21:0

- 5) Weiterhin wurden unsere Anmerkungen bezüglich der Lichtemissionen nicht weiter aufgegriffen. Insofern ist neben der Lärmemission auch die Lichtemission Grundlage einer notwendigen dinglichen Belastung in Abteilung II des künftigen Wohngrundstücks.

Beschluss:

Die Wohnungen sind allesamt mit entsprechenden Verdunkelungseinrichtungen ausgestattet. Somit kann sich jeder Bewohner vor Lichtemissionen schützen. Der Projektträger lässt zudem prüfen, ob eine Aufnahme einer solchen Belastung übers Grundbuch zusätzlich möglich ist. Darüber hinaus wird ein entsprechender Hinweis in die Mietverträge aufgenommen (nicht Gegenstand des Bebauungsplan-Verfahrens).

Abstimmung: 21:0

- 6) Unabhängig von den zu erwartenden Problemen für den Sportverein sehen wir die dichte Bebauung mit 3 Vollgeschossen an dieser exponierten Stelle in Hinsicht auf das Ortsbild ausgesprochen unpassend.

Beschluss:

Kenntnisnahme, auf die Argumente zu 4) wird verwiesen.

Abstimmung: 21:0

- 7) Die Erfahrung zeigt, dass die angesetzte Anzahl der Parkplätze zu gering ist. Folge wird sein, dass die Parkplätze der Tennisanlage bzw. Schützenheim und Kegelbahn genutzt werden.

Beschluss:

Die Anzahl der Parkplätze kann gerade durch die Schaffung der insgesamt 66 neuen öffentlichen Parkplätze (im Rahmen der 1. Bebauungsplan-Änderung "Sport- und Freizeitanlagen") als ausreichend erachtet werden, auch hinsichtlich der ehemaligen Parkplatz-Situation in diesem Bereich mit deutlich weniger Parkplätzen. Zudem muss der Projektträger, über das Wohngelände hinaus (49 Stellplätze bei 42 Wohneinheiten in Planung) noch bis zu 7 weitere Stellplatzflächen (insgesamt 56 Soll) auf der östlichen Fläche gegenüber der Einfahrt (bisheriger Bolzplatz) schaffen. Die Gemeinde wird die Fläche hierfür zur Verfügung stellen. Die Fläche ist im ursprünglichen B-Plan „Sport- und Freizeitanlagen“ bereits als Parkplatzfläche ausgewiesen.

Lageplan:



Darstellung rechtskräftiger Bebauungsplan „Sport- und Freizeitanlagen“:



Wir verstehen die Notwendigkeit der Beschaffung von Finanzmitteln für die Gemeinde, um die geplanten Maßnahmen umzusetzen. Aber die jetzt vorgesehene maximale Schaffung von Wohnraum für einen externen Bauträger schafft in der Zukunft mit Sicherheit erhebliche Problem für unseren Verein und stellt damit auch die optimale Nutzung der eingesetzten Mittel in Frage.

Beschluss:

Der Abwägungsprozess zu dieser Bauleitplanung wird politisch wie verfahrenstechnisch sauber ausgeführt und alle Belange werden im Verwaltungsverfahren nach BauGB rechtlich ordnungsgemäß gewürdigt.

Abstimmung: 21:0

Beschluss:

2. *Verfahrensbeschluss*

Beschluss zur Billigung der Planunterlagen und Unterrichtung der Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung gemäß §13a Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauGB

sowie zur Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Der Marktgemeinderat Eggolsheim nimmt Kenntnis vom Entwurf der BFS+ GmbH - Büro für Städtebau und Bauleitplanung - Bamberg zur „2. Änderung Bebauungs- und Grünordnungsplan "Sport- und Freizeitanlagen", Eggolsheim“ und billigt den ausgearbeiteten Planentwurf in der Fassung vom 28.03.2023 mit Begründung und allen Anlagen vom 28.03.2023.

Mit der vorstehend bezeichneten Planfassung vom 28.03.2023 ist das Beteiligungsverfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB (§ 4a Abs. 2 BauGB) durchzuführen. Die Auslegung ist ortsüblich bekannt zu machen und mit dem Hinweis zu versehen, dass jedermann Bedenken oder Anregungen zu dem Planentwurf schriftlich oder zur Niederschrift vorbringen kann. Die Auslegung wird weiterhin mit dem Hinweis versehen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen unberücksichtigt bleiben können.

Die Verwaltung und das Planungsbüro werden beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchzuführen.

Der Planentwurf inkl. Begründung und allen Anlagen ist auf der Homepage des Marktes Eggolsheim zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: 21 : 0

5. Entwicklungsgebiet "Eismann Areal" in Kauernhofen - Ergebnisse der Schall- und geruchstechnischen Untersuchung sowie der Baumkontrolle und Beschluss zum weiteren Vorgehen

Sachverhalt:

Auf Grund der in einem Brief des OV der Grünen Eggolsheim und der Freien Wähler an den Bürgermeister verfassten Anregungen zur Entwicklung des Areals (behandelt in der MGR-Sitzung am 28.06.2022), wurde am 19.07.2022 beim Ingenieurbüro Möhler & Partner, Bamberg ein Schall- und geruchstechnisches Gutachten für das Entwicklungsgebiet in Auftrag gegeben. Ziel war es, eine Bewertung zu erhalten, welche sich mit der Fragestellung befasst, in welchem Bereich die Entwicklung von Wohnbebauung und in welchem Bereich die Entwicklung einer Anlage für kulturelle Zwecke günstiger ist. Im November wurde das Gutachten abgeschlossen und an die Verwaltung übersandt.

Ferner wurde zur Bewertung des vorhandenen Baumbestands eine Baumkontrolle durch das Fach-unternehmen Lorenz Baum & Grünpflege, Hirschaid durchgeführt. Ziel war es hierbei, eine Aussage zu erhalten, in welchem Zustand sich der Baumbestand befindet und ob dieser insgesamt erhaltenswert ist. Mit der Kontrolle wurde aber bis zum Abschluss der Abbrucharbeiten des ehem. Gasthauses gewartet, da es in diesem Rahmen immer noch zu

Beschädigungen am Baumbestand hätte kommen können. Die Sichtung wurde deshalb erst am 17.01.2023 durchgeführt, die Protokolle hierzu wurden der Verwaltung am 24.01.2023 übermittelt.

Die in der Folge erläuterten Ergebnisse der Untersuchungen dienen dem Marktgemeinderat zur Entscheidungsfindung bezüglich der weiteren Entwicklung des Areals.

Ergebnisse der Schall- und geruchstechnischen Untersuchung

Es handelt sich beim nachfolgenden Text um eine Zusammenfassung aus dem Gutachten, die detaillierter Auswertung ist der Anlage beigelegt.

Die Marktgemeinde Eggolsheim prüft die städtebauliche Entwicklung von den Grundstücken mit der Flur-Nr. 2 bzw. 2/7 im OT Kauernhofen. Auf den Grundstücken soll dabei eine Anlage für kulturelle Zwecke (z. B. Dorfgemeinschaftshaus) bzw. eine Wohnbebauung entwickelt werden. Das Grundstück liegt dabei in unmittelbarer Nähe zur Kreisstraße FO 11 bzw. zu einem landwirtschaftlichen Betrieb an der Andres-Knauer-Straße 20. Im Rahmen einer Untersuchung wurden die auf das Entwicklungsgebiet einwirkenden Verkehrs-/Anlagengeräusche bzw. Gerüche sowie die vom Entwicklungsgebiet ausgehenden Anlagengeräusche ermittelt und beurteilt.

Die Untersuchungen kommen zu folgenden Ergebnissen:

Verkehrsrgeräusche:

Die schalltechnischen Untersuchungen zu den Verkehrsrgeräuschen zeigten dabei potenzielle Konflikte für die städtebauliche Entwicklung der Grundstücksflächen sowohl für ein Mischgebiet (MI) als auch ein allgemeines Wohngebiet (WA). Für eine städtebauliche Entwicklung eines allgemeinen Wohngebiets (WA) im südlichen Entwicklungsgebiet werden dabei Maßnahmen der architektonischen Selbsthilfe (u. a. Grundrissorientierung) notwendig, die zwar zu keinen unüberbrückbaren, jedoch relevanten schallimmissionsschutzrechtlichen Konflikten führen würden. Eine städtebauliche Entwicklung von Anlagen kultureller Zwecke (z. B. Dorfgemeinschaftshaus) in einem Mischgebiet (MI) mit einer Nutzung, die keiner höheren Schutzwürdigkeit in der Nacht als am Tag bedarf, würde durch die Einhaltung der Immissionsgrenzwerte der 16. BImSchV am Tag zu keinen schallimmissionsschutzrechtlichen Konflikten führen. Im nördlichen Entwicklungsgebiet ergeben sich sowohl für Mischgebiete (MI) als auch allgemeine Wohngebiete (WA) keine schallimmissionsschutzrechtlichen Konflikte.

Anlagengeräusche auf bzw. durch das Entwicklungsgebiet:

Die schalltechnischen Untersuchungen zu den Anlagengeräuschen zeigen, dass aus den gewerblichen Anlagen in unmittelbarer Nähe zum Entwicklungsgebiet keine weitergehenden immissionsschutzrechtlich zu beachtenden Belange bei der städtebaulichen Entwicklung zu beachten sind. Durch etwaige Anlagengeräusche aus dem Entwicklungsgebiet durch eine Anlage für kulturelle Zwecke (z. B. Dorfgemeinschaftshaus) können jedoch weitergehende immissionsschutzrechtlich zu beachtenden Belange nicht ausgeschlossen werden. Aufgrund der Art der baulichen Nutzung der Nachbarschaft ist dabei bei geräuschemittierenden Anlagen im

nördlichen Entwicklungsgebiet ein größeres Konfliktpotenzial als im südlichen Entwicklungsgebiet zu erwarten.

Gerüche:

Die gegenwärtigen Untersuchungen zeigten, dass innerhalb des Entwicklungsgebiets relevante Geruchsimmissionen nicht auszuschließen sind. Hinsichtlich der Gerüche ist ebenfalls im südlichen Bereich des Entwicklungsgebiets ein größeres Konfliktpotenzial als im nördlichen Bereich zu erwarten.

Fazit:

Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht ist somit bei einer städtebaulichen Entwicklung eines Wohngebiets im südlichen Bereich des Entwicklungsgebiets sowohl aufgrund von Geräuschen als auch Gerüchen ein höheres Konfliktpotenzial als im nördlichen Bereich gegeben. Ebenfalls ist durch geräuschemittierende Anlagen, die im nördlichen Bereich des Entwicklungsgebiets situiert werden, ein größeres Konfliktpotenzial als im südlichen Bereich auf die bereits bestehende Nachbarschaft zu erwarten. Neben etwaigen städte-baulichen Erwägungen durch Situierung einer Anlage für kulturelle Zwecke (z. B. Dorfgemeinschaftshaus) bzw. einer Wohnbebauung auf den städtebaulich zu entwickelnden Grundstücken ist demzufolge auch aus immissionsschutzrechtlicher Sicht eine Gliederung des Entwicklungsgebiets zu bevorzugen, die im Norden Nutzungen mit einem höheren Schutzanspruch und im Süden emissionsemittierende Anlagen vorsieht.

Ergebnisse der Baumkontrolle

Die Datenblätter der Baumkontrolle sind der Anlage beigelegt.

Insgesamt wurden die am Areal befindlichen 9 Bäume (8 Walnussbäume, 1 Rotfichte) kontrolliert. Bei allen Bäumen besteht teilweise dringender pflegerischer Handlungsbedarf.

Die Bewertung der Vitalität für die einzelnen Bäume setzt sich wie folgt zusammen:

(Bewertungsmatrix: 0 = sehr gut, 1 = gut, 2 = mittel, 3 = schlecht, 4 = tot)

- Katasternummer 41 Vitalität 3
- Katasternummer 42 Vitalität 2
- Katasternummer 43 Vitalität 2
- Katasternummer 44 Vitalität 2
- Katasternummer 45 Vitalität 2
- Katasternummer 46 Vitalität 2
- Katasternummer 47 Vitalität 2
- Katasternummer 48 Vitalität 2
- Katasternummer 49 Vitalität 3

Fazit:

Der Baumbestand am Areal befindet sich in einem mittleren bis teilweise schlechtem Zustand. Dennoch ist insgesamt noch Vitalität vorhanden und eine direkte Fällung ist nicht im

Maßnahmenplan. Um den Baumbestand weiter zu erhalten, zu verbessern und zu sichern sind pflegerische Handlungsmaßnahmen erforderlich.

Gesamtfazit der Untersuchungen

Das Ergebnis der Schall- und geruchstechnischen Untersuchung zeigt klar, dass die Entwicklung von Wohnbebauung definitiv im nördlichen Bereich des Areals günstiger ist. Im südlichen Bereich spricht sich das Gutachten für die Entwicklung einer Anlage für kulturelle Zwecke aus (Dorfgemeinschaftshaus oder auch belebter Dorf-/Festplatz mit Mehrzwecknutzung).

Dem gegenüber steht im nördlichen Bereich ein Baumbestand, der sich in einem mittleren bis teilweise schlechtem Zustand befindet.

Erkenntnisse aus der Bürgerbeteiligung

Vor dem Abbruch des ehem. Gasthauses Eismann fand im Februar 2022 eine Bürgerbeteiligungs-veranstaltung vor Ort statt. Hierbei sprach sich die Bevölkerung deutlich gegen eine Bebauung des Areals mit einem Mehrfamilien- oder Reihenhauskonzept aus. Vielmehr wird eine sanfte Entwicklung von Bauplätzen für die Bebauung mit Einfamilienwohnhäusern bevorzugt. Neben der Wohnbebauung zudem aber in jedem Falle auch eine Mischnutzung des Geländes für kulturelle Zwecke. Vornehmlich wurde hier ein Dorfgemeinschaftshaus genannt, jedoch wäre auch eine Dorfplatzentwicklung mit Mehrzwecknutzung für größere Festivitäten denkbar. Über die Standortfrage wurden unterschiedliche Meinungen geäußert, diese konnte deshalb nicht abschließend beantwortet werden.

Auftrag an den Marktgemeinderat

Da der Abbruch des ehem. Gasthauses Eismann vom ALE im Rahmen einer einfachen Dorferneuerungs-maßnahme gefördert wurde und auch die nachfolgende Entwicklung gute Chancen auf eine hohe Förderung hat, ist dem Amt möglichst zeitnah ein Konzept vorzulegen, wie in diesem Bereich der Lückenschluss der entstandenen Baulücke gelingen kann.

Hierzu wäre zunächst die Entscheidung zu treffen, in welchem Bereich welche Entwicklung vorzusehen ist. Die Verwaltung kann dann den festgelegten Bereich für die Wohnbebauung vorgezogen beplanen und ggf. noch in diesem Jahr entsprechend vermarkten. Das Areal hat Potential an bis zu 4 Bauplätzen. Aus Gründen der Haushaltslage sollte in jedem Falle möglichst eine Vermarktung noch in diesem Jahr angestrebt werden.

Parallel kann die Verwaltung für die Sommermonate dann einen Bürgerworkshop vorbereiten, der sich mit der Frage befasst, wie der dann festgelegte Bereich für die kulturelle Nutzung entwickelt werden soll. Für einen solchen Workshop und die anschließende Planung sind bereits Mittel im Haushalt eingestellt.

Final kann dem ALE dann das daraus entstandene Konzept übermittelt und die entsprechende Förderung angefragt werden.

Antrag der Freien Wähler vom 15.03.2023

Parallel zur Erstellung dieser Beschlussvorlage wurde dem Bürgermeister von den Marktgemeinderätinnen Irmgard Heckmann und Ulrike Nistelweck am 15.03.2023 ein Antrag übergeben, der sich ebenfalls mit der Fragestellung über die Zukunft des Eismann-Areals befasst (der Antrag ist der Anlage beigelegt).

Die Rätinnen fordern eine höhere Priorisierung bezüglich der Festlegung der Folgenutzung des Eismann-Areals. Diese Beschlussvorlage befasst sich mit genau dieser Thematik und erfüllt deshalb die formulierte Forderung des Antrags.

Im Rahmen der Übergabe des Antrags, wurde gemeinsam erste Ideen über die Nutzungsmöglichkeiten entwickelt. Ferner wurde der Vorschlag unterbreitet, den Spielplatz am Ortsrand im Bereich der Schustermarter (Flurnummer 1354, Gemarkung Kauernhofen) aufzulösen und diesen dafür in der Ortsmitte auf dem Eismann-Areal in einem Mehrzweckbereich zu integrieren.

Das dann freiwerdende und bereits erschlossene Grundstück könnte zusätzlich als Bauplatz (Fläche inkl. einer Teilfläche des nicht benötigten Wendehammers von ca. 536 m²) für ein Einfamilienhaus vermarktet werden (Lageplan, siehe Anlage).

In der beigelegten Skizze sind die entwickelten Ideen grob dargestellt.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat beschließt, auf Grund der Erkenntnisse aus der schall- und geruchstechnischen Untersuchung, den nördlichen Bereich des Areals der Wohnbebauung zuzuführen. Die Verwaltung erhält den Auftrag, den nördlichen Bereich sinnvoll zu beplanen und mit dem Landratsamt abzuklären, ob und inwiefern für die Entwicklung eine Bauleitplanung notwendig sein wird. Die Verwaltung soll hierbei die vom Bürgermeister, gemeinsam mit den örtlichen Marktgemeinderätinnen aus Kauernhofen, entwickelten Vorschläge bezüglich der Einteilung des Areals berücksichtigen. Nach Möglichkeit sollen hier 2 anstelle von 3 Grundstücken geplant werden. Der Baumriegel um die Grundstücke soll beibehalten werden und nach Möglichkeit auch ein Teil des alten Baumbestandes.

Weiter wird beschlossen, den südlichen Bereich des Areals bis hin zur Kreisstraße als Gebiet für kulturelle Zwecke (Dorfgemeinschaftshaus und/oder Dorfplatz mit Mehrzwecknutzung) zu entwickeln. Das Areal soll nach Möglichkeit ca. 1200 m² umfassen. Zusätzlich soll hier ein Spielplatz integriert werden. Dieser Spielplatz könnte den Spielplatz Schustermarter Fl.Nr. 1354 ersetzen. Detaillierte Erkenntnisse hierzu wird ein Bürgerworkshop bringen, der noch in diesem Jahr durchgeführt werden soll. Die Verwaltung erhält den Auftrag in Kooperation mit einem spezialisierten Büro den Workshop vorzubereiten und möglichst in der Sommerzeit vor Ort direkt am Gelände mit der interessierten Bürgerschaft durchführen.

Über die neuen Erkenntnisse in den jeweiligen Bereichen und über die Beplanung der Flächen soll möglichst in einer der kommenden Marktgemeinderatssitzungen berichtet werden. Anschließend wird über das weitere Vorgehen bei der Vermarktung des Areals inkl. der etwaig freiwerdenden Spielplatzfläche im Bereich der Fl.Nr. 1354, Gemarkung Kauernhofen entschieden.

Wenn das Gesamtkonzept für das Gelände feststeht, ist dieses dem ALE vorzulegen, um sich die bestmögliche Förderung der Weiterentwicklung des Areals zu sichern.

Abstimmungsergebnis: 21 : 0

6. GVS Tiefenstürmig Richtung Kalteneggolsfeld / Kernweg Nr. 151 - Änderung der Planung

Sachverhalt:

Mit Datum vom 20.12.2022 hat das Büro SRP Schneider und Partner Ingenieur-Consult GmbH eine Vorabversion der Entwurfsplanung vorgelegt. Die Kostenberechnung liegt bei 1,567 Mio € Gesamtkosten inkl. MWSt. aber ohne Baunebenkosten. Die Kosten für den Oberbau liegen bei 413.000 €. Der Großteil der übrigen Kosten wird für Erdbau, Entwässerung, Entsorgung von Aushubmaterial und Landschaftsbau benötigt.

Bei der Maßnahme gibt es folgende besonderen Anforderungen bzw. Schwierigkeiten:

- Sehr ungünstige topografische Verhältnisse. Deswegen kaum Spielraum bei der Planung und Ausführung.
- Der Großteil der Maßnahme liegt im FFH-Gebiet.
- Mehrere direkt angrenzende Biotopflächen, darunter auch besonders geschützte Gewässerabschnitte mit Kalksinterstufen. Dadurch erhöhter Aufwand bei Planung und Ausführung.
- Schon kleine Höhenabweichungen gegenüber dem Bestand bzw. der Bau von Ausweichstellen verursachen neuen Grunderwerb und Eingriffe in das FFH-Gebiet.
- Im Bereich vom Ortsausgang bis zur S-Kurve großer Abfluss aus steilen Außengebieten. Dieser Abfluss muss gesammelt werden, da er sonst die Straße unkontrolliert überqueren würde. Dadurch ergeben sich hohe Auflagen aus dem Wasserrecht (gedrosselte Einleitung und Rückhaltung). Die Kosten dafür sind in der o.g. Summe nur teilweise enthalten.
- In einem Bereich von ca. 250 m zwischen Ortsausgang und der S-Kurve hat sich die Sohle des angrenzenden Baches im Laufe der Zeit bis zu ca. 8 m tief (gegenüber der Straßenoberkante) „eingegraben“. Die Böschung zu beiden Seiten des Grabens ist sehr steil, vereinzelt bis zu 90°. Der Hang wird derzeit noch von der vorhandenen Vegetation gestützt. Der gesamte Gewässerabschnitt bedarf dringender Sanierung.
-

Bei einer Förderung von bis zu 75% bliebe dem Markt Eggolsheim bei der o.g. Summe ein Eigenanteil von ca. 400.000 €. Dabei wäre erst noch abzuklären, ob das Amt für Ländliche Entwicklung den enormen Anstieg der Kosten überhaupt mittragen würde. Zu Beginn der Planungen wurden die Gesamtkosten noch auf 535.000 € brutto geschätzt.

Im vorliegenden Entwurf ist eine Rückhaltung über unterirdische Rigolen von 106 m³ enthalten. Tatsächlich ist aber eine Rückhaltung von 124 m³ erforderlich, so dass sich die Kosten nochmal erhöhen werden. Die wirtschaftlichste Form der Rückhaltung ist normalerweise ein offenes Erdbecken. Im vorliegenden Fall wäre hierfür jedoch aufgrund der Hanglage eine Fläche von ca. 2.000 m² für die

Rückhaltung der 124 m³ nötig. Eine unterirdische Rückhaltung ist grundsätzlich teurer und wartungsintensiver.

Hinzu kommen ebenfalls noch die Kosten für die Sanierung des Gewässerabschnittes. Diese Kosten sind aber grundsätzlich unabhängig von der Straße zu sehen.

Es bietet sich nun an, im laufenden Jahr erst das Gewässer zu sanieren um weitere Schäden zu verhindern. Dazu muss noch ein entsprechender Fachplaner gefunden und beauftragt werden. Zudem kann der Eingriff am Gewässer nur in enger Zusammenarbeit mit dem Wasserwirtschaftsamt erfolgen. Zum momentanen Zeitpunkt ist es noch sehr schwierig, etwas zu den Kosten zu sagen. Wir gehen hier grob von 200.000 € aus. Diese Summe ist auch im Haushalt für 2023 vorgesehen.

Die Sanierung der Straße selbst soll dann erst im kommenden Jahr erfolgen. In den nächsten Wochen wird die Planung nochmal hinsichtlich wirtschaftlicher Alternativen statt Vollausbau überdacht.

Eine Besichtigung vor Ort soll mit dem Bauausschuss stattfinden.

Beschluss:

Die aktuell vorliegenden und in der Prognose wohl noch weiter steigenden Kosten für die Maßnahme sind für den Markt Eggolsheim wirtschaftlich aktuell nicht darstellbar. Aus diesem Grund werden die Planungen für die Straßensanierung der GVS Tiefenstürmig zunächst eingestellt.

Es muss nach wirtschaftlicheren Alternativen zum Vollausbau gesucht werden. Die Sanierung der GVS kann deshalb frühestens im Jahr 2024 erfolgen. Zunächst muss die Sanierung des Gewässers fokussiert werden, um weitere Schäden am Straßenkörper und dem Gewässer angrenzenden privaten Grundstücken zu vermeiden. Die Planung und Ausführung diesbezüglich soll noch im Jahre 2023 erfolgen. Dazu sind von der Verwaltung so zeitnah wie möglich Angebote von entsprechenden Fachplanern einzuholen. Der Marktgemeinderat ist kontinuierlich über den aktuellen Stand in dieser Sache auf dem Laufenden zu halten.

Abstimmungsergebnis: 21 : 0

7. Bauvoranfrage: Errichtung eines Einfamilienwohnhauses mit Doppelgarage; Bauort: Fl.Nr. 472, Gemarkung Eggolsheim (Schirnaidel)

Sachverhalt:

Der Bauausschuss hat sich in seiner Sitzung vom 21.03.2023 nach einer Ortseinsicht mit dieser Bauvoranfrage befasst. Dabei wurde der ablehnende Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht angenommen (Abstimmungsergebnis 5:6). Daher wurde dieses Vorhaben im Außenbereich zur endgültigen Entscheidung an den Marktgemeinderat verwiesen. Auf den in der Niederschrift zur Sitzung des Bauausschusses dargestellten Sachverhalt wird verwiesen.

Beschluss:

Dem beantragten Bauvorhaben wird unter folgenden Bedingungen zugestimmt:

1. Eine Einbeziehungssatzung und ggf. die Änderung des Flächennutzungsplanes können unter Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange rechtskräftig erlassen bzw. durchgeführt werden.
2. Die Bebauung muss entsprechend den Vorgaben dieser Einbeziehungs-Satzung nach der umgebenden Bebauung erfolgen. Die für die Bauleitplanung anfallenden Kosten hat der Antragsteller zu tragen.
3. Eine Vereinbarung zum Baulandmodell des Marktes Eggolsheim ist mit dem Bauherrn abzuschließen.
4. Hinsichtlich der öffentlichen Erschließung des Grundstücks sind mit dem Bauherrn Sondervereinbarungen mit dem Inhalt der Kostenübernahme für die verlängerten Grundstücksanschlüsse für Wasser und Kanal (SW und RW) abzuschließen. Mit den weiteren Versorgungsträgern sind vom Bauherrn gesonderte privatrechtliche Vereinbarungen zu treffen.
5. Die Anlage der Zufahrt von der Gemeindeverbindungsstraße muss in Abstimmung mit dem Markt Eggolsheim innerhalb der geschlossenen Ortschaft erfolgen.
6. Die naturschutzrechtliche Ausgleichspflicht ist vom Bauherrn anzuerkennen und auf eigene Kosten und auf eigenem Grundstück in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 20 : 1

8. Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2020**Sachverhalt:**

Die Jahresrechnung des Marktes Eggolsheim für das Jahr 2020 wurde vom zuständigen Rechnungsprüfungsausschuss in folgenden Sitzungen geprüft:

1. Sitzung: 17.10.2022
2. Sitzung: 08.11.2022
3. Sitzung: 14.11.2022
4. Sitzung: 27.02.2023

In der Sitzung vom 27.02.2023 wurde aus der Verwaltung Herr Oberst mit hinzugezogen um ggf. vorab diverse Fragen zu Feststellungen zu beantworten.

Die nun folgenden Feststellungen samt Stellungnahmen der Verwaltung leitet der Rechnungsprüfungsausschuss an den Marktgemeinderat weiter.

1. Feststellung bei HH-St. 0.0200.6530:

Was kostet uns im Jahr 2020 die Gemeindezeitung? Bitte Gesamtkosten auch in Layout + Druck unterteilen.

Stellungnahme Verwaltung:

Gesamtkosten in 2020 ca. 18.300,00 EUR.

Diese unterteilen sich in: Verteilerkosten/Druckkosten: ca. 12.300,00 EUR und Grafikleistungen ca. 6.000,00 EUR.

2. Feststellung bei HH-Stelle 0.7691.5400:

Backöfen allgemein: Decken sich im HH 2020 die Einnahmen und Ausgaben für die Backöfen in der Gemeinde? Wie viele sind noch im Betrieb?

Stellungnahme der Verwaltung:

Einnahmen und Ausgaben decken sich in der Regel. Im Jahr 2020 gab es keine Unterdeckung. Sollten größere Reparaturen durchzuführen sein, kann es zu einer Unterdeckung kommen. 10 Backöfen sind aktuell betriebsbereit.

3. Feststellung bei HH-Stelle 0.7631.5040

Zuschuss Wartung für Turmuhren: hier zahlen wir seit über 20 Jahren einen Zuschuss für Eggolsheim, Drosendorf, Drügendorf, Neuses und Tiefenstürmig jährlich jeweils 37,00 EUR. Mit welcher Begründung? Der Zuschuss sollte abgeschafft werden, die Wartungskosten für Turmuhren sollten direkt an die Kirchen gehen, so könnte eine Menge Arbeitsaufwand gespart werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Kirchen in Eggolsheim, Drosendorf, Drügendorf, Neuses und Tiefenstürmig erhalten für die Wartung der Turmuhren und Läutanlagen einen Zuschuss in Höhe von jeweils 37,00 €. Für Rettern, Bammersdorf und Unterstürmig übernimmt der Markt Eggolsheim die Gesamtkosten.

Die Zuschüsse und Kostenübernahme praktizieren wir seit mindestens 20 Jahren. Der Markt Eggolsheim übernimmt auch die Abrechnung, die mit sehr viel Aufwand verbunden ist.

Die Rechnungen für die Wartung des Läutwerkes sollten in der Tat direkt an die Kirchenverwaltungen gehen, es würde viel Verwaltungsaufwand sparen. Aus Sicht der Verwaltung spricht nichts gegen die Abschaffung des Zuschusses bzw. Kostenübernahme

Empfehlung an Marktgemeinderat:

Ab Abschaffung des Zuschusses bzw. der Kostenübernahme - die Wartungskosten für Turmuhren sollten direkt von den Kirchen übernommen werden.

4. Feststellung bei HH-Stelle 0.3651.5000

Unkrautbeseitigung und Mähen der Schleuse insgesamt ca. 12.150 EUR. Kann das nicht vom Bauhof gemacht werden?

Stellungnahme Verwaltung:

Muss vergeben werden, da keine entsprechenden Maschinen vorhanden sind für die Umsetzung des vorliegenden naturschutzfachlichen Pflegekonzepts (Balkenmäher, Bandrechen und Bergetechnik).

5. Feststellung bei HH-Stelle 0.5612.5040

Eggerbachhalle: Ansatz 10.000 EUR gebucht ca. 42.000 EUR. U.a. Fa Lechner, Gibt es hierüber einen Beschluss? Welche Ausgaben haben zu dieser Überschreitung geführt?

Stellungnahme Verwaltung:

In dem Jahr sind viele unerwartete Reparaturarbeiten aufgelaufen. (Spülmaschine 2.000€, Heizungspumpe 3.200 €, Klimaanlage 2.000 €, ...) Außerdem fand die wiederkehrende (alle drei Jahre) Sicherheitsanlagen-Prüfverordnung SPrüfV durch den TÜV Süd statt. Hier wurde u.a. folgendes beanstandet: Rauchmelder 10.000 €, Brandschutzklappen 7.000 €, die Notbeleuchtung 3.500 €, Leuchtmittel in der Sporthalle 2.000 €,

Empfehlung an den Marktgemeinderat:

Anpassung Haushaltsansatz aufgrund der wieder im Jahr 2023 stattfindenden Sicherheitsanlagen-Prüfverordnung um Überschreitung zu vermeiden.

6. Feststellung bei HH-Stelle 0.3521.9359 – Zuschuss Bücherei

5300,00 EUR an St. Michaels-Bund - zahlt hier auch die Pfarrei etwas?

Stellungnahme Verwaltung:

Der Markt Eggolsheim bezuschusst den Medienetat der Bücherei mit 5.300 €. Weitere 1.000 € werden vom Markt für die Onleihe (LeoNord) bezahlt. Die Pfarrei gibt 1.000 € + 250 € freiwillige Leistungen in den Etat der Bücherei. Vom St. Michaels-Bund werden jährlich 1.830 € für den Medienetat beigesteuert. Die Erzdiözese Bamberg zahlt auf Antrag variable Zuschüsse, zuletzt waren es 200 €.

7. Feststellung bei HH-Stelle 0.3601.7180

Kosten Lias-Gruppe für Fairer Leben 3962 €, Sind diese Kosten nur für Eggolsheim oder auch für andere Gruppen?

Stellungnahme Verwaltung:

Ja, die Kosten sind nur für den Markt Eggolsheim. Es handelt sich hier um unser jährliches Umweltprojekt. Die Umweltstation hat hier bei der Ausschreibung den Zuschlag für die Durchführung erhalten. Um diese Projekte förderfähig zu gestalten braucht man hohe Teilnehmerzahlen die wir aus unserer eigenen Marktgemeinde alleine nicht generiert bekommen. Teilnehmerbeiträge u. a. Zusatzfinanzierung verringern die Fördersumme. Insgesamt hat das Projekt ein Volumen von 30.854,25 € mit tatsächlichen Kosten in Höhe von 25.062 €. Durch die Regierung von Oberfranken haben wir hierfür einen Zuschuss in Höhe von 21.598 € erhalten. Derartige Projekte nur für unsere Marktgemeinde würden zwar weniger kosten, wären jedoch in der Endsumme teurer, weil die Bezuschussung sehr wahrscheinlich wegfallen würde.

8. Feststellung bei HH-Stelle 0.3411.6310

Landratsamt Forchheim: Koord. Seniorenhilfe Corona 3.406,97€ - was ist das?

Stellungnahme Verwaltung:

Zuschuss von Landrat Dr. Hermann Ulm zur Unterstützung während Covid. Da der Betrag nicht aufgebraucht wurde kann er generell für Seniorenarbeit verwendet werden.

9. Feststellung bei HH-Stelle 0.4644.5433 – Vergütung Reinigungsunternehmen Kita**Drügendorf**

Auf der HH 0.4644.5433 gibt es eine Planabweichung von TEUR 26 – warum?

Stellungnahme Verwaltung:

Durch Mehraufwand - Reinigung Neubau und Reinigung Altbau (zusätzliche Kita Gruppe im Altbau)

10. Feststellung bei HH-Stelle 0.6495.1690

Interne Verrechnung Bauhof Überschreitung HH-Ansatz um 85.841,30€. Warum? Bitte um Erläuterung.

Stellungnahme Verwaltung:

Wie bei allen Haushaltsansätzen handelt es sich bei den inneren Verrechnungen um Hochrechnungen/Annahmen. Zum Jahreswechsel werden die Bauhofleistungen auf diverse Gliederungsbereiche des Haushalts umgebucht. Die Gegenbuchung hierzu ist eine Einnahme im

Gliederungsbereich des Bauhofs. Der Verrechnungsstundensatz wird jährlich neu kalkuliert. Grundlage sind die Personalkosten des Bauhofs / Gebäudeunterhalts zzgl. laufender Sachkosten wie z.B. Kfz-Kosten. Grundlage für den Haushaltsansatz jedoch sind die letztjährigen geleisteten Bauhofstunden und der letztjährige Verrechnungsstundensatz. Eine Haushaltsüber- oder Unterschreitung bei den inneren Verrechnungen ist keine kassenwirksame Buchung. Es sind lediglich interne Umbuchungen.

11. Feststellung bei HH-Stelle 1.6335.9590

Warum zeigt die Haushaltsstelle 1.6335.9590 Baunebenkosten Martelwiese eine Überschreitung um TEUR 18 auf? Bitte um Erläuterung.

Stellungnahme Verwaltung:

Im Haushalt 2020 wurde für das Baugebiet Marterlwiese Baunebenkosten der Haushaltsansatz mit 37.000 € angesetzt. Grundlage des Haushaltsansatzes war das Angebot für Ingenieurleistungen des Büros Sauer+Harrer vom 13.03.2019 über rund 32.000 € brutto sowie die Kostenschätzung für Baukosten in Höhe von ca. 280.000 € (Vergabe der Ingenieurleistungen in der MGR-Sitzung vom 09.04.2019).

Neben den Abschlagszahlungen für das Ingenieurbüro Sauer+Harrer wurden im Jahr 2020 auch noch Kosten für die Beweissicherung, geotechnische Beratung und Vermessungskosten verbucht.

12. Feststellung bei HH-Stelle 0.7200.6300

Aufladen, Abtransport und Verwerten von Grüngut vom Bauhof. Warum hat der Bautrupp dies nicht selbst erledigt?

Stellungnahme Verwaltung:

Grüngut wird gesammelt, ansonsten wären mehrere Fahrten nötig, was nicht wirtschaftlich ist bezüglich Personal- und Fahrzeugeinsatz. Dieser konkrete Abtransport birgt das Potential von 5-6 Fahrten mit 2 Personen bei Zeiteinsatz von 3-4 Stunden.

13. Feststellung bei HH-Stelle 1.6339.9510

Warum zeigt die Haushaltsstelle 1.6339.9510 OD Weigelshofen eine Überschreitung um TEUR 17 auf?

Stellungnahme Verwaltung:

Im Rahmen der Baumaßnahmen trat nach Ausbau des Asphalts belastetes Material (Z2) zu Tage. Dies war vorab in diesem Maße nicht abzusehen. Da in Weigelshofen kein Lagerplatz vorhanden war, wurde das Material bei Schottwiesen zwischengelagert und beprobt. Anschließend musste eine fachgerechte Entsorgung beauftragt werden. Dadurch kam es zu den Mehrkosten und zur Ansatzüberschreitung.

14. Feststellung bei HH-Stelle 0.1300.1146 (Feuerwehreinsatz – Kostenersatz 140,00 EUR)

Warum ist der Betrag so niedrig bei der Größe des Feuerwehreinsatzes?

Stellungnahme Verwaltung:

Es hat im Lidl Zentrallager aufgrund eines technischen Defekts eine gasbetriebene Bodenreinigungsmaschine gebrannt. Da ein solches Arbeitsgerät kein Kraftfahrzeug ist und der Brand nicht schuldhaft verursacht wurde, bleibt nach Art. 28 Abs. 2 Nr. 3 BayFwG nur die Möglichkeit, das eingesetzte Sonderlöschmittel abzurechnen. Die Kosten hierfür beliefen sich auf 140,00 EUR.

15. Feststellung bei HH-Stelle 0.3521.6521 (Telefonanschluss Bücherei)

Festnetzgebühren 453 € für Bücherei - macht Kartenhandy nicht mehr Sinn? Oder kann das nicht als normale interne Nebenstelle laufen?

Stellungnahme Verwaltung:

Es wird ein Festnetzanschluss mit Internetzugang in der Bücherei benötigt (Telefon, Onleihe, etc.). Es wird aktuell geprüft, ob eine Anbindung an die Struktur des Rathauses möglich ist.

16. Feststellung – Grundsatz Zuordnung HH-Jahr

Buchung am 23.01.2021 getätigt. Warum wird diese Buchung dem GJ 2020 zugeordnet? Falls Zahlungseingang in 2020 erfolgt ist, bitte Nachweis über Kontoauszug. Falls Zahlungseingang in 2021, bitte Begründung warum dies dem HH 2020 zugeordnet werden darf. Evtl. auch Anweisungen etc. für das Folgejahr 2021, 2022

Stellungnahme Verwaltung:

Im Jahr 2020 wurden für den Haushaltsausgleich diverse Einnahmen aus Grundstücksveräußerungen fest eingeplant. Die Haushaltsplanung für das Folgejahr beginnt in der Regel im November des laufenden Jahres. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2021 (November) wurde der Zahlungseingang des genannten Grundstücksverkaufs zugesichert. Demnach wurde diese Einnahme in der Haushaltsplanung 2021 nicht mehr berücksichtigt. Ein weiterer Grund für die Entscheidung des Kämmers die Einnahme im Jahr 2020 zu verbuchen war, den Jahressollfehlbetrag zum 31.12.2020 zu verringern. Grundsätzlich und in der Theorie sind die Kassenbücher zum 31.12. abzuschließen, da das Buchungsjahr/Haushaltsjahr das Kalenderjahr ist. Grundsätzlich wird dies auch pflichtbewusst umgesetzt. Jedoch in begründeten Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Kämmerer (o.g. Gründe oder um z.B. auch periodengerechte Abrechnungen einfacher recherchieren zu können) wird das vorherige Haushaltsjahr bebucht.

17. Feststellung bei HH-Stelle 3310.6319

Kosten Radio Bamberg für welche Kampagne? Sind dies monatliche Kosten?

Stellungnahme Verwaltung:

Der Markt Eggolsheim hat bei Radio Bamberg ein jährliches Budget, um eigene (Kultur)Veranstaltungen zu bewerben. Wir haben pro Kulturveranstaltung Werbeblöcke gebucht und 3x 2 Freikarten an Radio Bamberg gegeben, dafür wurden günstige Konditionen vereinbart.

Zuletzt waren es 110,20 €/Monat. Der Vertrag wurde jedes Jahr neu verlängert, seit Beginn der Pandemie allerdings nicht mehr. Aktuell brauchen wir Restkontingente auf.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat hat keine weiteren Einwände gegen die Feststellungen und Stellungnahmen des Prüfberichts und stimmt den Empfehlungen des Rechnungsprüfungsausschusses zu.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0

9. Feststellung des Jahresergebnisses 2020

Sachverhalt:

Feststellung des Jahresergebnisses 2020

Beschluss:

Die Jahresrechnung des Haushaltsjahres 2020 wurde vom örtlichen Rechnungsprüfungsausschuss geprüft und im Marktgemeinderat abschließend behandelt. Es wurden keine weiteren Einwände erhoben.

Das Jahresergebnis 2020 wird gem. Art. 103 der Gemeindeordnung festgestellt.
Der Rechenschaftsbericht 2020 wurde im Marktgemeinderat bereits vorgestellt.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0

10. Entlastung der Jahresrechnung 2020

Sachverhalt:

Entlastung der Jahresrechnung 2020

Beschluss:

Zur Jahresrechnung 2020 des Marktes Eggolsheim wird mit dem festgestellten Ergebnis gem. Art. 102 Abs. 4 der Gemeindeordnung Entlastung erteilt.

Der 1. Bürgermeister Claus Schwarzmann nimmt an der Abstimmung über die Entlastung nicht teil.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0

11. Neuerlass der Hundesteuersatzung des Marktes Eggolsheim

Sachverhalt:

Der Marktgemeinderat hat im Rahmen einer Klausurtagung einen Fahrplan für die Gemeindepolitik erarbeitet und diesen in seiner Marktgemeinderatssitzung vom 26.10.2021 verabschiedet. Unter anderem wurde die finanzielle Ausstattung bzw. Entwicklungsmöglichkeit der Einnahmen betrachtet. Die Verwaltung wurde beauftragt sämtliche Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen, u.a. bestehende Steuer- und Gebührensätze zu überprüfen.

Im Rahmen des o.g. Auftrags wurde die Hundesteuersatzung des Marktes Eggolsheim

- inhaltlich überarbeitet
- und die Steuersätze wurden angepasst.

Gegenüberstellung und Entwicklung der Einnahmen:

	bisherige Steuersätze	künftige Steuersätze
1. Hund	50,00 €	75,00 €
2. Hund	75,00 €	100,00 €
jeder weitere Hund	100,00 €	125,00 €
jeder Kampfhund	n.n.	1.000,00 €

	bisherige Einnahmen	künftige Einnahmen
1. Hund	17.400,00 €	26.100,00 €
Ermäßigte Hunde	425,00 €	637,50 €
2. Hund	2.925,00 €	3.900,00 €
weitere Hunde	300,00 €	375,00 €
Gesamt	21.050,00 €	31.012,50 €

Nun folgend die

**Satzung für die Erhebung der Hundesteuer
(Hundesteuersatzung – HStS)
vom 28.03.2023**

Auf Grund des Art. 3 Abs. 1 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) erlässt der Markt Eggolsheim folgende Satzung:

§ 1

Steuertatbestand

¹Das Halten eines über vier Monate alten Hundes im Gemeindegebiet unterliegt einer gemeindlichen Jahresaufwandsteuer nach Maßgabe dieser Satzung. ²Maß gebend ist das Kalenderjahr.

§ 2

Steuerfreiheit

Steuerfrei ist das Halten von

1. Hunden allein zu Erwerbszwecken, insbesondere das Halten von
 - a) Hunden in Tierhandlungen
 - b) Hunden, die zur Bewachung von zu Erwerbszwecken gehaltenen Herden notwendig sind und zu diesem Zwecke gehalten werden,
2. Hunden des Deutschen Roten Kreuzes, des Arbeiter-Samariter-Bundes, des Malteser Hilfsdienstes, der Johanniter-Unfall-Hilfe oder des Technischen Hilfswerks, die ausschließlich der Durchführung der diesen Organisationen obliegenden Aufgaben dienen,
3. Hunden ausschließlich zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben,
4. Hunden, die von Mitgliedern der Truppen oder eines zivilen Gefolges verbündeter Stationierungstreitkräfte sowie deren Angehörigen gehalten werden,
5. Hunden, die von Angehörigen ausländischer diplomatischer oder berufskonsularischer Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland gehalten werden,

6. Hunden, die aus Gründen des Tierschutzes vorübergehend in Tierasylen oder ähnlichen Einrichtungen untergebracht sind,
7. Hunden, die die für Rettungshunde vorgesehenen Prüfungen bestanden haben und als Rettungshunde für den Zivilschutz, den Katastrophenschutz oder den Rettungsdienst zur Verfügung stehen,
8. Hunden, die für Blinde, Taube, Schwerhörige oder völlig Hilflose unentbehrlich sind.

§ 3

Steuerschuldner, Haftung

(1)¹Steuerschuldner ist der Halter des Hundes. ²Hundehalter ist, wer einen Hund im eigenen Interesse oder im Interesse seiner Haushalts- oder Betriebsangehörigen aufgenommen hat. ³Als Hundehalter gilt auch, wer einen Hund in Pflege oder Verwahrung genommen hat oder auf Probe oder zum Anlernen hält. ⁴Alle in einen Haushalt oder einen Betrieb aufgenommenen Hunde gelten als von ihren Haltern gemeinsam gehalten.

(2) Halten mehrere Personen gemeinsam einen oder mehrere Hunde, sind sie Gesamtschuldner.

(3) Neben dem Hundehalter haftet der Eigentümer des Hundes für die Steuer.

§ 4

Wegfall der Steuerpflicht, Anrechnung

(1) Die Steuerpflicht entfällt, wenn ihre Voraussetzungen in weniger als drei aufeinander folgenden Monaten im Kalenderjahr erfüllt werden.

(2)¹Tritt an die Stelle eines verstorbenen oder veräußerten Hundes, für den die Steuerpflicht im Kalenderjahr bereits entstanden und nicht nach Abs. 1 entfallen ist, bei demselben Halter ein anderer Hund, entfällt für dieses Kalenderjahr die weitere Steuerpflicht für den anderen Hund. ²Tritt in den Fällen des Satzes 1 an die Stelle eines verstorbenen oder veräußerten Hundes ein Kampfhund, entsteht für dieses Kalenderjahr hinsichtlich dieses Kampfhundes eine weitere Steuerpflicht mit einem Steuersatz in Höhe der Differenz aus dem erhöhten Steuersatz für Kampfhunde und dem Steuersatz, der für den verstorbenen oder veräußerten Hund gegolten hat.

(3)¹Ist die Steuerpflicht eines Hundehalters für das Halten eines Hundes für das Kalenderjahr oder für einen Teil des Kalenderjahres bereits in einer anderen Gemeinde der Bundesrepublik Deutschland entstanden und nicht später wieder entfallen, ist die erhobene Steuer auf die Steuer anzurechnen, die dieser Hundehalter für das Kalenderjahr nach dieser Satzung zu zahlen hat. ²Mehrbeträge werden nicht erstattet.

§ 5

Steuermaßstab und Steuersatz

(1)¹Die Steuer beträgt

für den ersten Hund	75,00 Euro,
für den zweiten Hund	100,00 Euro,
für jeden weiteren Hund	125,00 Euro,
für jeden Kampfhund	1.000,00 Euro.

²Hunde, für die eine Steuerbefreiung nach § 2 gewährt wird, sind bei der Berechnung der Anzahl der Hunde nicht anzusetzen. ³Hunde, für die die Steuer nach § 6 ermäßigt wird, gelten als erste Hunde.

(2)¹Kampfhunde sind Hunde, bei denen auf Grund rassenspezifischer Merkmale, Zucht und Ausbildung von einer gesteigerten Aggressivität und Gefährlichkeit gegenüber Menschen oder Tieren auszugehen ist. ²Kampfhunde im Sinne dieser Vorschrift sind alle in § 1 der Verordnung über Hunde mit gesteigerter Aggressivität und Gefährlichkeit genannten Rassen und Gruppen von Hunden sowie deren Kreuzungen untereinander oder mit anderen Hunden.

§ 6

Steuerermäßigung

(1)¹Die Steuer ist um die Hälfte ermäßigt für

1. Hunde, die in Einöden gehalten werden. Als Einöde gilt ein Anwesen, dessen Wohngebäude mehr als 500 m Luftlinie von jedem anderen Wohngebäude entfernt sind.
2. Hunde, die von Forstbediensteten, Berufsjägern oder Inhabern eines Jagdscheines ausschließlich oder überwiegend zur Ausübung der Jagd oder des Jagd- oder Forstschutzes gehalten werden, sofern nicht die Hundehaltung steuerfrei ist. Die Steuerermäßigung tritt nur ein, wenn die Hunde die Brauchbarkeitsprüfung oder eine ihr gleichgestellte Prüfung nach § 21 der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Jagdgesetzes mit Erfolg abgelegt haben.

²Die Steuerermäßigung nach Satz 1 kann nur für jeweils einen Hund des Steuerpflichtigen beansprucht werden. ³Sind sowohl die Voraussetzungen des Satzes 1 Nr. 1 als auch des Satzes 1 Nr. 2 erfüllt, wird die Steuer nur einmal ermäßigt.

(2)¹Wird ein Hund aus einem nach den Vorschriften der Abgabenordnung als steuerbegünstigt anerkannten und mit öffentlichen Mitteln geförderten inländischen Tierheim oder Tiersyl vom Halter von dort in seinen Haushalt aufgenommen, ermäßigt sich die Steuer für jeden Monat der Hundehaltung um ein Zwölftel des Steuersatzes. ²Die Steuerermäßigung wird längstens für die ersten zwölf Monate der Hundehaltung nach Aufnahme in den Haushalt gewährt.

§ 7

Allgemeine Bestimmungen für Steuerbefreiung und Steuerermäßigung

(1)¹Steuerermäßigungen werden auf Antrag gewährt. ²Der Antrag ist bis zum Ende des Kalenderjahres zu stellen, für das die Steuerermäßigung begehrt wird. ³In dem Antrag sind die Voraussetzungen für die Steuerermäßigung darzulegen und auf Verlangen der Gemeinde glaubhaft zu machen. ⁴Maßgebend für die Steuerermäßigung sind die Verhältnisse zu Beginn des Kalenderjahres. ⁵Beginnt die Hundehaltung erst im Laufe des Kalenderjahres, ist dieser Zeitpunkt entscheidend.

(2) Für Kampfhunde wird keine Steuerbefreiung nach **§ 2 Nr. 7 und 8** und keine Steuerermäßigung gewährt.

§ 8

Entstehen der Steuerpflicht

Die Steuerpflicht entsteht mit Beginn des jeweiligen Kalenderjahres oder – wenn der Steuertatbestand erst im Verlauf eines Kalenderjahres verwirklicht wird – mit Beginn des Tages, an dem der Steuertatbestand verwirklicht wird.

§ 9

Fälligkeit der Steuer

Die Steuerschuld ist mit der auf das Kalenderjahr entfallenden Steuer fällig am **1. April** eines jeden Kalenderjahres, frühestens jedoch **einen Monat** nach Bekanntgabe des Steuerbescheids.

§ 10

Anzeigepflichten und sonstige Pflichten

- (1) Wer einen über vier Monate alten Hund hält, muss ihn innerhalb eines Monats nach Anschaffung unter Angabe von Herkunft, Alter und Rasse sowie unter Angabe, ob die Hundehaltung zu einem Zweck im Sinne des § 2 erfolgt, und gegebenenfalls unter Vorlage geeigneter Nachweise der Gemeinde melden.
- (2) Wer einen unter vier Monate alten Hund hält, muss ihn innerhalb eines Monats nach Vollendung des vierten Lebensmonats des Hundes unter Angabe von Herkunft, Alter und Rasse sowie unter Angabe, ob die Hundehaltung zu einem Zweck im Sinne des § 2 erfolgt, und gegebenenfalls unter Vorlage geeigneter Nachweise der Gemeinde melden.
- (3)¹Zur Kennzeichnung eines jeden angemeldeten Hundes gibt die Gemeinde eine Hundesteuermarke aus, die der Hund außerhalb der Wohnung des Hundehalters oder seines umfriedeten Grundbesitzes stets tragen muss. ²Der Hundehalter ist verpflichtet, einem Beauftragten der Gemeinde die Steuermarke auf Verlangen vorzuzeigen; werden andere Personen als der Hundehalter mit dem Hund angetroffen, sind auch diese Personen hierzu verpflichtet.
- (4)¹Der steuerpflichtige Hundehalter (§ 3) soll den Hund innerhalb eines Monats bei der Gemeinde abmelden, wenn er ihn veräußert oder sonst abgeschafft hat, wenn der Hund abhandengekommen oder tot ist oder wenn der Halter aus der Gemeinde weggezogen ist. ²Mit der Abmeldung des Hundes ist die noch vorhandene Hundesteuermarke an die Gemeinde zurückzugeben.
- (5) Fallen die Voraussetzungen für eine Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung weg, ist das der Gemeinde innerhalb eines Monats nach Wegfall anzuzeigen.

§ 11

Inkrafttreten

- (1) Diese Hundesteuersatzung tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.
- (2) Mit Ablauf des 31. Dezember 2023 tritt die Hundesteuersatzung vom 27.9.2006 außer Kraft.

Eggolsheim, 28.03.2023

Claus Schwarzmann, 1. Bürgermeister

Beschluss:

Der Marktgemeinderat beschließt die im Sachverhalt vorgestellte Neufassung der Hundesteuersatzung des Marktes Eggolsheim zum 01.01.2024.

Abstimmungsergebnis: 20 : 0

12. Unterführung Bahnhof Eggolsheim - künstlerische Gestaltung durch die FOS Fränkische Schweiz

Sachverhalt:

Angeregt durch die Verwaltung hat sich die FOS Fränkische Schweiz mit Sitz in Neuses bereit erklärt, die Bahnunterführung am Bahnhof Eggolsheim im Rahmen eines mehrjährigen Kunstprojektes zu gestalten.

Warum?

Die Unterführung wird durch die Gestaltung freundlicher und einladender wirken. Ungewollte Schmierereien gehen in den von Schülern gestalteten Kunstwerken unter und stechen nicht mehr so sehr ins Auge. Die Schüler vor Ort können und wollen den Besuchern des Bahnhofs ein buntes Erlebnis bereiten. Die Schüler schaffen auch für sich etwas „Bleibendes“, was die Bindung, Identifikation und die Erinnerung an die Schulzeit in Eggolsheim noch weitere Jahre hinfort bestehen lässt.

Konzept:

Federführend hat Frau Angelika Kern als Lehrkraft für Gestaltung die Projektplanungen übernommen und zusammen mit den Schülern eine Konzeptidee entwickelt.

Thematisch soll sich die Gestaltung an einem „Gang durch das Meer“ orientieren. Auf der Westseite beginnend mit dem „flachen Wasser“ über das „tiefe Wasser“, den „Meeresgrund“ und zurück zum „Landbereich“.

Grundiert auf ein Schachbrettmuster sollen zu den einzelnen Abschnitten passende Tierbilder garniert mit Motiven aus der Region eingefügt werden. Ausschließlich freundliche Motive in hellen Farben sollen dargestellt werden, dadurch wirkt die dunkle Unterführung fröhlicher.

Die Konzeptidee wird in der beigegeführten Präsentation nochmals detaillierter beschrieben.

Frau Kern schreibt in ihrer Mail vom 28.02.2023 zudem:

„Die Schülerinnen und Schüler sind begeistert ins Projekt eingetaucht und können die Umsetzung kaum erwarten!“

Kosten:

Frau Kern hat bereits mit Farben Kreul einen „Nachbarschaftsrabatt“ ausgehandelt (40%), der in den Kosten bereits eingepreist ist.

Hier die veranschlagte Gesamtkostenübersicht:

Berechnete Fläche für die Gestaltung liegt bei 650 Quadratmeter

Farben:	1.500 €
Strukturpaste:	1.800 €
Klebeband:	750 €
Farbrollen, Pinsel, Rakel:	400 €
Abdeckmaterialien:	550 €
<u>Vorabreinigung:</u>	<u>700 €</u>
Gesamtpreis:	5.700 €

Für vor Beginn des Projekts anfallende Reinigungsarbeiten an den Wänden und das Abnehmen des Geländers für die Erstgrundierung, sollte der gemeindliche Bauhof mit Hochdruckreinigern, Werkzeug und Fachpersonal unterstützen. Die anfallenden Arbeiten halten sich dabei aber in Grenzen.

Umsetzung:

Die Umsetzung wird über mehrere Schuljahre hinweg entwickelt. Für die Abwicklung in einem Schuljahr ist das Projekt zu groß. Zunächst wird die schachbrettartige Grundierung angebracht, anschließend werden die Motive ergänzt. Vorteil an dieser Vorgehensweise ist, dass kontinuierlich immer wieder und über mehrere Jahre an der Gestaltung gearbeitet werden kann. So können auch neu entstandene Wildsprühereien oder Schmierereien immer wieder übermalt werden.

Für das Jahr 2023 ist ein Umsetzungszeitraum vom 22.05. bis 26.05.2023 sowie vom 12.06. bis 22.06.2023 angedacht. Dies ist jedoch noch abhängig von der Gewährleistungsabnahme der Unterführung mit der Bahn im April 2023 und den geplanten Einbauarbeiten für den Aufzug, die ebenfalls im Mai / Juni 2023 angekündigt sind. Sollte es hier zu terminlichen Kollisionen kommen, ist die Schule bereit, den Projektbeginn ins kommende Schuljahr zu verschieben.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat billigt das vorliegende Konzept zur Gestaltung der Bahnunterführung und beschließt, Mittel in Höhe von 6.000 € für die Umsetzung bereitzustellen. Für die vorbereitenden Arbeiten werden Ressourcen des gemeindlichen Bauhofs zur Unterstützung bereitgestellt.

Der Marktgemeinderat lobt das Engagement der Schüler vor Ort und bedankt sich bei Frau Kern für die Übernahme und Initiative bei der Projektplanung.

Abstimmungsergebnis: 21 : 0

13. Gründung einer Kinderfeuerwehr - FFW Eggolsheim

Sachverhalt:

Die Freiwillige Feuerwehr Eggolsheim beabsichtigt zum 01.05.2023 die Neugründung einer Kinderfeuerwehr. Hierdurch sollen Kinder ab dem sechsten Lebensjahr auf spielerische Art und Weise an das Thema Feuerwehr herangeführt und dafür begeistert werden.

Die Verantwortlichen der Feuerwehr Eggolsheim haben hierfür ein Konzept niedergeschrieben, das die wichtigsten Punkte für die Arbeit mit den Kindern regelt.

Sowohl für die Kinder, als auch für die Betreuer besteht Versicherungsschutz über die bestehenden Versicherungen der Gemeinde.

Voraussetzung ist jedoch, dass die Betreuer auch Mitglieder im Feuerwehrverein sind, was in diesem Fall gegeben ist.

Darüber hinaus müssen die Betreuer vom Kommandanten der Feuerwehr ernannt werden. Dies ist schriftlich zu dokumentieren und der Gemeinde vorzulegen.

Der zuständige Feuerwehrverein, hier Eggolsheim, muss darüber hinaus die Kinderfeuerwehr in die bestehende Vereinssatzung mit aufnehmen bzw. eine neue Kinderfeuerwehr-Ordnung niederschreiben.

Gemäß Konzept wird um ein Startkapital i.H.v. ca. 2.000,00 EUR gebeten.
Hiermit sollen u.a. T-Shirts für die Kinder und die Betreuer, Sitzerrhöhungen, Bollerwagen, Flyer (Werbematerial) etc. beschafft werden.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat stimmt der Gründung einer Kinderfeuerwehr durch die FFW Eggolsheim ab dem 01.05.2023 zu.

Im Falle dessen, dass weitere Feuerwehrvereine aus den gemeindlichen Ortsteilen die Gründung einer Kinderfeuerwehr analog zu Eggolsheim beabsichtigen, wird auch deren Vorhaben bei Vorliegen eines schlüssigen Konzepts zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 20 : 0

14. Bekanntgabe von nichtöffentlichen Beschlüssen über Angelegenheiten, bei denen der Grund der Geheimhaltung entfallen ist

Sachverhalt:

Bekanntgabe von nichtöffentlichen Beschlüssen über Angelegenheiten, bei denen der Grund der Geheimhaltung entfallen ist

Gemäß Art. 52 Abs. 3 Gemeindeordnung und § 22 Abs. 3 der Geschäftsordnung sind die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der Öffentlichkeit bekannt zu geben, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind. Dies sind im Einzelnen:

Aus der Sitzung des Marktgemeinderates vom 28.02.2023:

18.1 Neubau Kita Eggolsheim - Vergabe Außenanlagen

Für die Gesamtkalkulation Neubau Kita Eggolsheim wirkt sich die Vergabe wie folgt aus:

Gesamtkosten lt. Kostenberechnung 5.009.700 €

FAG-Förderung 2.360.000 €

Gesamtkostenprognose aktuell: 5.239.600 €

Hinweis: in den aktuell prognostizierten Gesamtkosten sind MEHRLEISTUNGEN enthalten: z.B. Regenwasserversickerung, Entsorgung Erdaushub, PV-Anlage!

In der Klausurtagung wurde ein Eigenanteil in Höhe von 3.000.000 € veranschlagt. Dieser beläuft sich aktuell auf ca. 2.879.600 €. Da die Vergaben soweit fast komplett getätigt sind, kann das Projekt trotz schwierigster Verhältnisse im Bausektor im Rahmen der kalkulierten Kosten bzw. mit geringen Kostensteigerungen abgeschlossen werden. Architekt, Baufirmen und Verwaltung haben hier sehr gute Arbeit geleistet!

Beschluss:

Der Marktgemeinderat vergibt den Auftrag für die Garten-, Landschafts- und Tiefbauarbeiten gemäß Vergabevorschlag an die Firma John GmbH, Hallstadt zum geprüften Angebotspreis von 729.040,28 € brutto.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0

18.2 Neubau Kita Eggolsheim - Vergabe Möblierung

Beschluss:

Der Marktgemeinderat vergibt den Auftrag für die Lieferung der Möbel gemäß Vergabevorschlag an die Firma Haba Dales GmbH & Co KG, Bad Rodach zum geprüften Angebotspreis von 88.859,75 € brutto.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0

18.3 Dach- und Kaminsanierung, Hartmannstr. 51

Beschluss:

Die Firma Schwarmann, Unterstürmig erhält den Auftrag, das Dach und den Kamin am Gebäude Hartmannstr. 51 (altes Spital) für die Angebotssumme von 37.951,93 € zu sanieren.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0

18.4 Erstellung eines „Sanierungs- und Strukturkonzept“ für die Abwasserentsorgung (Ingenieurleistungen)

Beschluss:

Das Ingenieurbüro Sauer + Harrer GmbH, Eggolsheim, erhält den Auftrag Erstellung eines „Sanierungs- und Strukturkonzept“ für die Abwasserentsorgung auf der Grundlage des Honorarangebotes, vorgelegt mit Schreiben vom 16.05.2022, in Höhe von 107.147,60 € inkl. Mehrwertsteuer.
Unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Förderung in Höhe von 50.000 € verbleibt dem Markt Eggolsheim ein Eigenanteil in Höhe von 57.147,60 €.

Der 1. Bürgermeister bzw. dessen Stellvertreter ist ermächtigt, den Auftrag rechtsverbindlich für den Markt Eggolsheim zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0

18.5 Entsorgung Haufwerke - Vergabe

Beschluss:

Die Fa. Zech Umwelt GmbH erhält den Auftrag zur Entsorgung der Haufwerke zum Preis von 69.883,94€.

Der 1. Bürgermeister bzw. dessen Stellvertreter im Amt wird ermächtigt den Auftrag rechtsverbindlich für den Markt Eggolsheim zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0

15. Wünsche und Anfragen

--

Um 21:15 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Für die Richtigkeit der Niederschrift

Markt Eggolsheim

Vorsitzender

Claus Schwarzmann
1. Bürgermeister

Ivonne Dötzer
Schriftführerin